

## Nicht die Minarette sind das Problem

Vor einigen Monaten erteilte der Zürcher Kantonsrat durch die vorläufige Unterstützung eines SVP-Vorstosses einer Kommission den Auftrag, vertieft der Frage nachzugehen, ob eine Bestimmung ins Planungs- und Baugesetz aufgenommen werden soll, wonach der Bau von Minaretten nicht mehr zu bewilligen sei. Den darauf folgenden Medienkommentaren war etwas gemein: Es wurde anerkannt, dass die SVP einmal mehr ein wichtiges Thema anspricht, und dass sie im Kern der Sache Recht hat. Es wurde explizit gefordert, die in der Bevölkerung bestehenden Ängste vor dem Islam ernst zu nehmen.

Tatsächlich, niemand, der offene Augen und Ohren hat, kann bestreiten, dass wir im Umgang mit dem Islam ein echtes Problem haben. Dieses besteht aber nicht darin, dass Muslime ihre Gebetshäuser gerne mit Minaretten schmücken, sondern darin, dass sich der Islam mit unseren Vorstellungen einer freiheitlichen Gesellschaft teilweise als inkompatibel erweist. Ohne Zweifel haben Minarette eine grosse symbolische Kraft, doch die dadurch hervorgerufenen Ängste lassen sich nicht dadurch beseitigen, dass man gegen das Symbol Sturm läuft.

Es macht verständlicherweise Angst wenn Vertreter des Islams (z.B. Tariq Ramadan) in unseren Medien die Forderung erheben, man solle endlich einmal aufhören, zu behaupten, die Schweiz sei ein christliches Land – sie seien schliesslich hier. Und auch die nackten Zahlen tragen dazu bei, dass das Unbehagen wächst: In der Schweiz lebenden heute 19 Mal mehr Muslime als 1970. Die Gesamtbevölkerung ist in dieser Zeit nur um 16,2 Prozent gewachsen. Es leben gegenwärtig ungefähr gleich viele Muslime in unserem Land, wie die Stadt Zürich Einwohner hat. Und doch, man kann dem Islam nicht seine Dynamik zum Vorwurf machen, wohl aber unseren Kirchen ihre Trägheit, ja ihren Defätismus. Sie haben dem Islam nichts entgegensetzen, haben ihre Ausstrahlungskraft verloren. Dass sich nun ausgerechnet kirchliche Kreise für den Bau von Minaretten stark machen, und dass von dieser Seite sogar gefordert wird, den Muslimen Kirchen zur Verfügung zu stellen, da diese ohnehin meist leer stehen, ist eine Kapitulation. So bedauerlich diese Entwicklung ist, aus freiheitlicher Warte verbietet sich jegliche Einflussnahme des Staates.

Was wir hingegen unter keinen Umständen akzeptieren dürfen, ist, dass der Islam unsere Rechtsordnung unterwandert und unsere aufklärerischen Freiheitsvorstellungen in Frage stellt, wie dies beim so genannten Karikaturenstreit geschehen ist. Es ist unerheblich, ob sich ein Muslim durch eine Darstellung des Propheten Mohammed verletzt fühlt. Er muss dies akzeptieren, genau wie Christen nicht mit dem Einschreiten der Staatsmacht rechnen können, wenn in Kirchen pornographische Werke aufgeführt werden, wie dies kürzlich in Zürich geschehen ist. Wir haben in unserem Land einen Ordre public, den die Behörden auf allen Stufen durchzusetzen haben. Hier gelten unsere Regeln, und wer hier leben will, hat sich ihnen anzupassen. Das hat – entgegen einer Unterstellung der Asylrekurskommission – nicht das Geringste mit Chauvinismus zu tun.

\*

Im SVP-Slogan „Sichere Zukunft in Freiheit“ kommt nicht nur ein ganzes Parteiprogramm zum Ausdruck, es wird auch eine klare Prioritätenordnung festgelegt: Freiheit kommt vor Sicherheit, und Sicherheit hat den Schutz der Freiheit zu gewährleisten. Den Bau von Minaretten zu verbieten, bedeutet nichts anderes, als die Freiheit einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu beschränken. Das Anliegen ist unfreiheitlich, verstösst gegen das Gebot der Rechtsgleichheit, und ist daher mit der Grundhaltung unserer Partei nicht vereinbar.